

BILDUNGSPOLITIK OHNE BILDUNG ?

Das Leben zwingt uns zu allerlei freiwilligen Handlungen.

Deshalb spreche ich nun hier zu Ihnen über eine Bildungspolitik, die sich nicht mit den Wahlkampffloskeln und Horrormeldungen über die Schulen und ihre Insassen abtun läßt. Was aber könnte ich zu einer Politik sagen, die es gar nicht mehr gibt, die ihren Gegenstand, nämlich 'Bildung' verloren, aufgegeben, verraten oder verdrängt hat? Das scheint eine Politik zu sein, die auch nichts mehr steuert, sondern hilf- und ruderlos herumgetrieben wird, von kurzsichtigen Sparstrumpf-haltern, die in der Beihilfe zur vermeintlichen Sicherung eines Industrie-, Kultur- und Handelsstandortes an dessen sicherer Verdummung häkeln. Nein, ich beteilige mich nicht an der Beschimpfung ehrwürdiger Bildungspolitiker. (Das machen die sich so nennen schon selber) Es gibt einfach keine, die in diesem Land die Macht oder Opposition zur Zivilisierung der Bildungslandschaft zum Wohle der folgenden Generation übernommen hätten. An Ahnungslosigkeit allein kann es nicht liegen. Denn in den bildungspolitischen Debatten sind alle reformpädagogisch sinnvollen Argumente aus dem In- und Ausland gefallen also bekannt. Sie haben nur den kleinen Nachteil, daß sie nicht durchgesetzt, sondern ausgesessen worden sind. Und selbst wenn einmal ein Kultusminister mit richtigen und sogar eigenwilligen Bildungsideen in Erscheinung tritt, dann wird er schon sehen, was er davon hat. Er wird blockiert, ideologieverdächtig und muß sich mit der kleinkariert hochgejubelten Frage herumschlagen, ob die Blinden in Bayern, Hessen, Bremen oder Sachsen mehr sehen. Schlechte Aussichten also für die Bildung bei dieser Politik. Dabei wäre sie gerade jetzt so wichtig, eine demokratische, sozial gerechte, den Lernenden und Lehrenden freundlich gesonnene Politik der Bildung, und zwar auch zur Bildung einer gescheiteren Politik. Ihr Thema wäre noch immer die Öffnung der Schultür zum Ausgang der Menschen aus ihrer selbstverschuldeten Unmündigkeit und die Ermutigung zum Mut, sich seines eigenen Verstandes auch ohne Drittmittel anderer zu bedienen. Das Thema einer gebildeten Politik der Bildung heißt Freiheit und Zuständigkeit, für sich und andere in einem der Menschen würdigen Gemeinwesen. Dieses Gemeinwesen ist etwas anderes, schöneres und besseres als nur ein Standort der Konzerne zur Profit-Bildung,, zu deren Sicherung man sich entsprechend qualifizieren soll, nach dem Motto: du bist nichts, dein Standort ist alles. Sicher, auch Bildung, die ich meine, kann ohne sogenannte Qualifikationen, also Wissen und Können, Genauigkeit und soziale Kompetenz nicht entstehen. Doch erbringen alle möglichen „Schlüsselqualifikationen“ allein nur die halbe Bildung, also Halbbildung.

Kreativ, kommunikativ-kompetent, technisch up to date, also qualifiziert und innovativ sind auch die Mitarbeiter der Mafia oder neonazistischer Banden, aber auch die Erfinder und Betreiber der Kernspaltung, der Genmanipulation und diverser Kontrollsysteme auf dem

Börsen-, Sicherheits- und Bildungsmarkt - aber sind sie auch gebildet? Die Frage betrifft auch die Geldkofferträger mit Gedächtnisschwund einer christlich sich nennenden partei.

Bildung in emanzipatorischer Hinsicht kann nur als soziale Angelegenheit und befreiende Tat derer entstehen, die sich bilden. Sie bilden sich in einer dialogischen Haltung freundlicher Zuständigkeit zu sich und ihren Nächsten, in der sie ohne Kenntnisse, Einsichten und Können nicht auskommenn. Die Entfaltung eigener, umfassender und guter Fähigkeiten geschieht dabei in einem Wechselspiel zwischen wahrnehmend erkennendem Eindruck und gestaltendem Ausdruck (vice versa) im Umgang mit Menschen, Dingen und Natur. In diesem Prozess können Alltagswelt, Pädagogen und Bildungs-Institutionen unterstützend oder behindernd wirken.

Der in den Bildungseinrichtungen (also auch in den Universitäten) vorherrschenden Pädagogik des Eindrucks - des Eindrückens - ist demnach eine Pädagogik des Ausdruck beizubringen. Sie in Beispielen kennenzulernen, theoretisch zu begreifen und praktisch zu erproben wäre im bildungswissenschaftlichen Studium, die Aufgabe von Projekten. Diese und deren Teilnehmer hätten sich gesellschaftlich und persönlich bedeutsamen Fragen zu widmen und sich in ihrer Beantwortung zu üben.

Wo der Zusammenhang von Erkenntnis, Vernunft und Moral im Verein mit sozialer Phantasie, Können und Gestaltung durch die Verweigerung seiner Praxis zerrissen ist, setzt sich sein Widerspruch in Gewalt, Zerstörung und Diskriminierung durch.

Dieser folgenreiche Riss könnte heute zwischen den Generationen entstanden sein und auch in den Bildungsinstitutionen, den Schulen vor allem, zu Schwierigkeiten führen, die mit herkömmlichen schulpädagogischen Mitteln nicht im geringsten gelöst werden können. Lehrer, Schüler und Schulen sind restlos überfordert, wenn sie die Probleme lösen sollen, die die Gesellschaft mit ihrer Wirtschafterei verursacht und die von der Politik auf sie abgewälzt werden. die Verdrängung geht so weit, daß deren Ursachen den Schulen sogar noch in die Schuhe geschoben werden, um sich in den Häusern der Finanz-, Sozial und Beschäftigungspolitik aber vor allem auch der Konzerne die Absolution selbst zu erteilen. Dies ist bequem, weil der pädagogische Sündenbock zu oft genickt hat und nicht mehr aufzubocken wagt bei all den Pauschalprügeln, die als Schul- und Lehrerschelte undifferenziert auf sein Haupt prasseln.

Nein, Lehrerinnen und Lehrer, ob an Drunter - und Drüber-, Hoch- oder Tiefschulen tätig, sind keine Engel. Und es gibt unter ihnen sone und sone - wie in allen Behörden, Betrieben, Parlamenten oder Fußballmannschaften. Sie brauchen deshalb auch keinerlei Sonderbehandlung, kein Extralob und keine Pauschalbeschimpfung.

Was sie aber vor allem brauchen - für ihre schwierig gewordene alltägliche Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen, also dem Nachwuchs dieser Gesellschaft - ist nichts anderes als deren ideelle und materielle Unterstützung und Anerkennung. Sie könnte sich in einer Bildungspolitik manifestieren, die sich in Freiheit und Zuständigkeit den Problemen zuwendet, die ich eben nur andeuten konnte. Die für den Sinn und die Würde der Arbeit für und mit den Schülerinnen und Schülern und für diese selbst eintritt, die für sie kämpft und

streitet, die es nicht zuläßt, daß sie nur als lästige Kosten- und Risikofaktoren denunziert, kalkuliert, kontrolliert und damit barbarisch verachtet werden. Die all die kleinkarierten Schulbuchhalter auf ihre Plätzchen verweist, also in die Buchhaltung. Die mutig und unerschrocken zurückfordert, was die Kinder auf der Straße verloren haben, die damit Orte der Bildung einklagt, die eine Gesellschaft ihrem Nachwuchs offen und gestaltbar überlassen muß.

Es geht also um Bildungspolitik für eine Gesellschaft, die ihre Kinder mag und vertrauensvoll einbezieht und sich nicht nur schulisch von ihnen entsorgen lassen will.

Gut gebrüllt Löwe, werden jetzt einige von Ihnen denken. Aber was nützen uns diese jenseitigen Wünsche nach einer besseren Bildungspolitik im Diesseits der real existierenden Misere der Schule und vor allem der Bildung?

So eine, wie hier gewünschte, bildungstheoretisch begründete und menschlich zugewandte, in die richtige Richtung weisende Bildungspolitik gibt es doch gar nicht. Ja, genau darin liegt das Problem.

Doch was sollen wir tun, angesichts schulpolitischer Verantwortungsträger, die sich von Unternehmensberatern, die von Schule und Bildung verständlicher Weise keinen blassen Schimmer haben, sagen lassen, wie man Schulpolitik und Schularbeit mit den geringsten Mitteln zugrunde richten kann? Und die Zuständigen halten sich auch noch an den Un-Rat dieser unzuständigen Berater. Jetzt scheren sie beispielsweise alle Mittel- Stunden- und Stellenzuweisungen an die Schulen über einen angeblich gleichen Kamm. Und sie produzieren damit die nächsthöhere Stufe der pädagogischen Verwahrlosung in der zusätzlichen Benachteiligung der sowieso Benachteiligten. Aber soweit können die Schulbuchhalter offensichtlich gar nicht denken. Sie kennen die Stadtteile nicht, sie kennen deren Menschen nicht, keine Kinder mit Gesichtern und Stimmen, sie kennen nur noch Faktoren, Bilanzen und die Rettung ihrer Haut.

Wäre es da nicht noch billiger, in diesen unrentablen Stadtteilen die Schulen gleich ganz abzuschaffen - die veraltete Lehrerschaft in den Vorruhestand zu entlassen und wie bisher schon keine jungen Lehrer mehr einzustellen? Dann könnte man schließlich auch noch den letzten verbliebenen Staatsmonopolbetrieb 'Schule' mit seinen 700000 Lehrern und 10 Millionen Lernenden in Deutschland auf dem privaten Bildungsmarkt zur Haushaltssanierung verscherbeln - was man bei Bahn, Post und Stadtwerken ja schon geübt hat.

Nur die Polizei und andere Sicherheitsdienste müßten dann wegen der sozialen Flogen ein bißchen aufgerüstet werden. Den Lehrernachwuchs bilden wir übrigens schon lange nicht mehr für die Schule sondern für den „autonomen Bildungsmarkt“ aus.

„Bildung in eigener Hand“ kunden- und gewinnorientierter Betriebe wäre dann die Vollendung der neuerdings postulierten Schulautonomie - nur ohne diese lästigen Schulen.

Noch ist es nicht soweit, aber warten wir's nicht ab. Veränderungen in der Politik gibt es auch in Zeiten knapper Kassen, wenn sie oben nicht mehr können, und sie unten nicht mehr wollen. (Das hat uns beispielsweise die große englische Bildungsreform gezeigt, die 1944 begonnen wurde, als das Land zerstört und der Staat schier bankrott war.)

Nun sagen die Politiker hier ja selbst, daß sie nicht mehr können, daß die Spielräume ausgeschöpft seien. Sie sollen auch gar nicht spielen. Das können wir in den Hoch- und Tiefschulen besser. Zur Begründung unseres ernstesten Spiels zitieren wir Schiller mit der Idee, daß der Mensch erst dort Mensch sei, wo er spiele, und nur dort wirklich spiele, wo er Mensch sein kann. Oder wir erinnern an Rousseau und Schleiermacher, die uns zeigten, daß erst im freien Spielen und Üben die sittlich verwerfliche Aufopferung des Lebensmomentes der Kinder für eine Zukunft, die nicht einmal mehr versprochen werden kann, überwindbar ist. Skole bedeutete in der Antike einst: Ort der Muße. Daran könnten wir uns erinnern, ohne Nostalgie, aber in der Gewißheit, daß unsere Kinder - wie wir selbst - dort am besten lernen, wo sie sich wohl fühlen und etwas für sie sinnvolles tun können.

An solchen Orten der schöpferischen Muße geht es uns nicht nur besser, wenn der Trübsinn schwindet und das Lachen wiederkehrt. Dort schaffen wir auch die praktischen Argumente zur Verteidigung und zur materiellen Sicherung der Schulen, die in der politischen Landschaft unserer Stadtteile auch in Stimmen zählen.

Wenn die Reform von oben gescheitert ist, dann machen wir sie doch unten, da wo wir sind, wo wir die Macht zu eigenem pädagogischen Handeln haben. Es gibt genügend Beispiele für diese Veränderungsarbeit in der Geschichte der Reformpädagogik seit fünf hundert Jahren. Man muß sie nur kennen, nicht dogmatisieren und für die eigene Arbeit neu denken oder ganz eigene, phantasievolle Wege finden und gehen. Viele, aber noch zu wenige der Pädagogen tun das in ihrer eigensinnigen Praxis schon lange.

Schulen wären durch uns in Orte der Bildung zu verwandeln, die ihre Schülerinnen und Schüler - aber auch uns selbst - vor allem dadurch auf das weitere Leben vorbereiten, indem sie es schon praktizieren, hier und jetzt, unter allen Umständen, da wo sie und wir sind. Wer allerdings nur auf bessere Zeiten warten will, die von oben kommen, wird lange warten und darüber resignieren. Untätig verliert er das Recht, die Politik zu kritisieren, weil er selbst dort, wo er könnte, keine Macht. Er kommt mir vor wie das jammernde Kind, das da sagt: „Gescheit recht geschieht es meiner Mutter, wenn ich mir die Hände abfriere, warum hat sie mir keine Handschuhe gekauft.“

Damit eine eigene, selbstbewußte und selbstbestimmte Praxis in den Schulen leichter möglich ist, haben wir übrigens einmal bildungspolitisch für die Autonomie der Schulen argumentiert und gestritten. Jetzt ist eine Autonomie per Gesetz erlassen und als Reform verkauft worden, die sich immer deutlicher als autonome Verwaltung des Mangels herausstellt, und zwar dort, wo dieser Mangel herrscht.

Um einem anderen Mangel abzuweichen und die Restautonomie zu steuern, hat vor kurzem ein Hausjurist der Bremer Bildungsbehörde die Schulleiter dieses Landes mit einer ultimativen Definition versorgt:

„Autonomie der Schule ist die Freiheit, das zu wollen, was Schule wollen soll.“

Es ist klar, was gemeint ist. Aber die Sprache hat ihren Sprechern voraus, daß sie sich nicht beherrschen läßt - meinte Karl Kraus. Und deshalb ist es eine gute bildungspolitische Übung, genau zu nehmen, was die Sprecher so sagen. Wer sagt denn, was die Schule wollen soll?

Johannes Beck

Allgemeine Pädagogik, Institut für Kulturforschung und Bildung, Universität Bremen

Interview für den Hessischen Rundfunk: Vom Geist der Zeit, September 1999

Nehmen wir doch einmal das Grundgesetz unterm Arm hervor und lesen. Da steht noch entscheidend weit vor der Stelle mit der „staatlichen Schulaufsicht“, dass die Würde des Menschen unantastbar sei, dass niemand wegen seiner Herkunft, Sprache, Religion, seines Geschlechts oder der Hautfarbe bevorzugt oder benachteiligt werden dürfe, und dann steht da ganz selbstverständlich:

„Eine Zensur findet nicht statt!“

Machen wir doch ernst damit in den Schulen. Ganz autonom, weil wir das so wollen, was wir sollen.

Viel Glück!